

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 9

Artikel: Ein schwarzer September? : Zur Abstimmung über die Atom- und Energieinitiativen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein schwarzer September?

Zur Abstimmung über die Atom- und Energieinitiativen

In einem Punkt sind sich Gegner und Befürworter für einmal einig: Die Abstimmung vom 22./23. September ist eine der wichtigsten seit Jahrzehnten. Dies nicht nur, weil die zukünftige Energiepolitik der Schweiz festgelegt wird. Interessant ist die Abstimmung vor allem deshalb, weil erstmals so deutlich zum Ausdruck kommt, dass und in welchem Ausmass sich die traditionellen Klassenlinien verschoben haben. Auf beiden Seiten gibt es Pfarrer, gibt es Gewerkschafter, Freisinnige, Sozialdemokraten, CVPLer, Parteiose, Ärzte usw.

Diese Verschiebung, diese Umverteilung ist für manchen Befürworter der beiden Initiativen verwirrend, mehr aber noch für die Gegner einer neuen, zeitgemässen Energiepolitik.

Im Lager der Wirtschaft ist die gedankliche Irritation und die ideologische Verwirrung besonders gross. Die bisher gängigen Schubladen klemmen, die Schemen, bisher so praktisch zu verwenden, verwischen sich bis zur Unkenntlichkeit. Die Antwort der AKW-Befürworter auf diese Irritation ist plump und gewalttätig wie die Technologie, an die sie sich so krampfhaft klammern: der Einsatz ungeheurer finanzieller Mittel, die teilweise vom Gegner als Strombezüger mitfinanziert werden müssen. Im gleichen Ausmass auch wird eine politische Perfidie praktiziert, von der man bei der Abstimmung über die Bankeninitiative bereits einen Vorgeschmack bekommen hatte.

Die Verwirrung zeigt sich auch in der Sprache der Befürworter der alten überholten Energiepolitik. An einer Informationstagung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA)

(dieser Name wurde als einziger nicht in Kernenergie umgetauft) hielt Hans Fuchs, Angestellter bei der Motor-Columbus, ein Referat darüber, was die Technik zur Lösung von Umweltproblemen bei der Energieerzeugung anzubieten hat. Er machte auch einige politische Vorbemerkungen, und sogleich wurden nicht nur seine politischen Ängste, sondern auch die Hilflosigkeit sichtbar, mit dem neuen Phänomen der Umwandlung der Werte sprachlich und gedanklich zurecht zu kommen. Er walzte den Gemeinplatz der Technikfeindlichkeit breit, sprach von «ideologisch bösser Gegnerschaft», von der «Demontage unserer Gesellschaftsform», von «neuartigem Treiben» und nannte das, was er offenbar in der politischen Landschaft geortet hatte, eine «linkistische Oppositionstaktik»(!). Einsprachen gegen unliebsame Objekte nannte er «Missbrauch der Rechtspflege» und machte «grundsätzliche Mängel unserer Rechtspflege» verantwortlich für die «politische Verletzlichkeit technischer Lösungen». Seine Ausführungen gipfelten in der Frage, ob «die Kernenergiegegner eigentlich verkappte Waldsadisten sind . . .» Es gäbe noch viele andere Beispiele dieser Art zu berichten, es wäre zu berichten von der landesweiten Leserbriefkampagne des Werbebüros Farnier, wo sich die Arbeit so gehäuft hat, dass laufend Fehler passieren. Es wäre zu berichten von den ungezählten Organisationen, die eingespannt werden für diese schamlose Propaganda.

Worüber aber beharrlich und ebenfalls landesweit geschwiegen wird, ist die wirtschaftliche

Seite der Atomenergie, die weltweit auf eine Pleite zusteuert (vgl. Rote Revue 7/8, 1984). Das wirft die Frage auf, wie es kommt, dass Manager, Wirtschaftsfachleute nicht einmal mehr in der Lage sind, ihre eigenen Grundsätze einigermaßen hochzuhalten: Rentabilität, Kostenbewusstsein, Wirtschaftlichkeit. Eine Industrie, die seit genau neun Jahren stagniert bzw. rückwärts macht, wird in der Schweiz mit allen Mitteln einer an sich verhältnismässig noch gesunden Volkswirtschaft aufgehalst. Denn die Kosten der Atompleite trägt der Strom- bzw. der Steuerzahler. Das ist die Frechheit an der ganzen Angelegenheit.

Ordnungspolitische Grundsätze gelte es durchzuziehen, koste es, was es wolle. Hierzulande wird nicht geduldet, dass die Bevölkerung sich in Produktionsangelegenheiten einmischt. Hier liegt der Hund begraben. Deshalb ist die Hauptstossrichtung der Atomlobby im Abstimmungskampf Angsterzeugung und Arbeitsplatzzerpressung. Die Gewerkschaften — glücklicherweise nicht alle — sind zum Teil auf diese Taktik hereingefallen, und man kann es ihnen nicht einmal verargen. Das jahrelang eingeübte Bündnis bewährt sich zwar nur noch teilweise, aber immerhin. Ob es den betroffenen Branchengewerkschaften auf die Dauer nützt, einen sterbenden Industriezweig zu unterstützen, könnte zu einer bitteren Erfahrung werden, die wohl durchgestanden werden muss. Kein einziger Arbeitsplatz ist mit Atomkraftwerken erhalten worden. Arbeitsplätze aber können zu Tausenden und Abertausenden geschaffen werden, wenn eine Energiepolitik eingeleitet wird, wie sie in den beiden Initiativen gefordert wird. Dieser Meinung ist beispielsweise auch die Gewerkschaft Bau + Holz, die in einer Studie über Energiesparen und

Arbeitsplätze zum gleichen Schluss kommt.

Der Ausgang der Initiative? Es gibt Umfragen darüber. Aber was besagen sie? Dass die Mehrheit der Schweizer gegen den gewalttätig durchgesetzten Bau des AKW Kaiseraugst sind? Was besagt das, wenn diese Schweizer nicht an die Urnen gehen? Wer dieses Mal bestimmt an die

Urnen gehen wird, sind jene, die mit grossem finanziellem Aufwand und mit intellektueller Unredlichkeit und falschen Behauptungen geängstigt und erpresst werden. Erpressbar sind Mieter und Arbeitnehmer. Hier funktioniert der alte Klassengegensatz noch zwischen Habenden und Habenichtsen. Wer wirtschaftlich abhängig ist, kann leichter erpresst werden.

Der Ausgang der Initiative? Ich mache mir persönlich keine Illusionen. Ich weiss nur eines: Ich werde es vermutlich noch erleben, wenn in einer nächsten oder übernächsten Abstimmung erstmals die Erpressung mit den Arbeitsplätzen nicht mehr funktioniert. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Fortsetzung Seite 25)

Welche Widerstandsformen sind praktikabel und legal?

Pflicht zum Widerstand in der Demokratie

Von Hans Saner

In den letzten Jahren ist es auch in der Schweiz immer schwieriger geworden, bestimmte Vorhaben politisch durchzusetzen: Waffentanks, Atomkraftwerke, Autobahnen, industrielle Vorhaben ganz allgemein. Im Zusammenhang damit ist auch die Frage nach dem zivilen Widerstand aufgetaucht. In diesem Sommer sprach der Basler Philosoph Hans Saner vor der Philosophischen Gesellschaft Basel zum Thema Widerstand. Dabei ging er zunächst von Einzelfällen aus, um dann Ansätze einer Theorie auszuarbeiten. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die zukünftige Energiepolitik, eine Politik, die ohne weitere AKWs auskommen soll, ist das Thema im Hinblick auf Kaiseraugst wieder brennend aktuell geworden. Die Gedanken von Hans Saner geben wir ungekürzt wieder, Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.

Nach den Erfahrungen unseres Jahrhunderts mit dem totalitären Staat steht nicht zur Debatte, ob es Formen des Widerstandes gegen den Staat geben dürfe und solle, sondern lediglich, welche Formen in welchem Staat politisch praktikabel, rechtlich legal oder vielleicht moralisch legitim oder gar geboten sind. Über das, was politisch praktikabel ist, bestimmt de facto die jeweilige Verfassungsrealität, und diese kann ganz anders sein als der verbrieft Verfassungstext. Über das, was legal ist, bestimmt das jeweilige Korpus der Gesetze einer Nation. Legalitätsfragen kann es zwar

geben durch die Interpretation der Gesetze sowie durch das Verhältnis von Grundgesetzen und peripheren Gesetzesbestimmungen; aber diese Differenzen werden im allgemeinen letztinstanzlich durch die Rechtspraxis selber verbindlich bereinigt. Es gibt indes keine Instanz, die die moralischen Differenzen zu Gesetzen oder zur politischen Praxis, und auch keine, die innermoralische Differenzen verbindlich für alle bereinigen könnte. Was legal ist, kann moralisch anfechtbar sein, und was die einen moralisch verpflichtet, kann für andere moralisch fragwürdig oder inakzeptabel sein.

Die gewährten Freiheiten und Rechte oder die auferlegten Beschränkungen können dann als unzumutbar empfunden oder erkannt werden. Die Kriterien für diese Unzumutbarkeit aber wandeln sich im historischen und gesellschaftlichen Prozess. Deshalb kann es geschehen, dass moralische Prinzipien, Gesetze oder Institutionen und die darauf begründete Praxis lange Zeit der moralisch-politischen Erwartung genügen, dann aber allmählich oder plötzlich nicht mehr.

Ich möchte nicht bereits vorhandene Theorien des Widerstandes nachzeichnen, sondern, ausgehend von konkreten Konfliktfällen in demokratischen Staaten, die Konturen einer eigenen Theorie suchen. Dabei setze ich zuerst voraus, dass eine Demokratie, sei es eine bloss repräsentative oder auch eine teilweise direkte, intakt funktioniert, dass sie also, um eine Kennzeichnung von Rawls aufzunehmen, zwar nicht das schlechthin gerechte, aber doch das «fast gerechte System» ist, und dennoch Zumutungen verordnet, die Einzel-